

NACHRICHTEN

US-Journalisten ausgewiesen

BELGRAD: Zwei Journalisten der «New York Times» dürfen nach Medienberichten ein Jahr lang nicht mehr nach Jugoslawien einreisen, weil sie ohne Visa ins Land kommen wollten. Zusätzlich hätten die zwei ein Bussgeld von je 2000 Dinaren (umgerechnet etwa 270 Fr.) zahlen müssen, berichtete die Tageszeitung «Blic» am Dienstag. Die beiden hätten versucht, ohne Visum über Montenegro nach Serbien einzureisen. Die Journalisten erklärten, die Einreise nach Montenegro habe ihnen keine Schwierigkeiten bereitet. Sie hätten sich verirrt, als sie über die jetzt von NATO und UNO verwaltete serbische Provinz Kosovo in die mazedonische Hauptstadt Skopje zurückkehren wollten.

CDU-Vorstand: Polenz als Generalsekretär



BERLIN: Neuer CDU-Generalsekretär wird der Bundestagsabgeordnete Ruprecht Polenz (Bild). Der CDU-Bundesvorstand nominierte den 53-Jährigen am Dienstagabend in Berlin. Der Parlamentarier aus Münster soll Anfang kommender Woche vom Parteitag in Essen zum Nachfolger der bisherigen Generalsekretärin Angela Merkel gewählt werden, die für den Parteivorsitz kandidiert. Merkel hatte Polenz auf der Sitzung der CDU-Spitze vorgeschlagen. Polenz, ein Aussen- und Sicherheitspolitiker, der als liberal und sachorientiert gilt, ist bislang ein weitgehend unbekannter Politiker.

UNO-Hilfsappell Appell für Mongolei

GENÈVE: Die Vereinten Nationen (UNO) haben am Dienstag einen Hilfsappell für die Mongolei lanciert. Nach dem härtesten Winter seit 30 Jahren seien rund eine halbe Million Menschen auf Nahrungsmittel und Trinkwasser angewiesen, hiess es in Genf. Die UNO benötigten insgesamt knapp drei Millionen Dollar, teilte das UNO-Büro für die Koordination Humanitärer Angelegenheiten (OCHA) mit. Mehr als 1,8 Millionen Stück Vieh verendeten im letzten Winter. Von den Spenden sollten auch neue Tiere für die mehrheitlich nomadische Bevölkerung in der Mongolei gekauft werden, teilte OCHA mit.

Türkei: 2. Anlauf zur Verfassungsänderung

ANKARA: Die drei Parteien der türkischen Regierungskoalition haben sich auf eine zweite geheime Abstimmung über eine Verfassungsreform geeinigt, die Präsident Süleyman Demirel die Kandidatur für eine zweite Amtszeit ermöglichen sollen. Die Abstimmung soll am Mittwoch stattfinden. Um die erforderlichen 367 von 550 Stimmen zu erreichen, ist die Regierung von Ministerpräsident Bülent Ecevit auf Stimmen der Opposition angewiesen. Sollte Demirel nicht erneut antreten können, wird ein schwerer Streit unter den Regierungsparteien über einen Nachfolge Kandidaten befürchtet. Vor der ersten Abstimmung vor einer Woche hatten sich zunächst 400 Abgeordnete bereit erklärt, der Änderung zuzustimmen. Jedoch nur etwa 300 gaben tatsächlich dafür ihre Stimme ab. Die Zeitung «Hurriyet» berichtete am Dienstag, die Koalitionsführungen wollten die Abgeordneten bei der zweiten Abstimmung kontrollieren. Für die eigentlich geheime Abstimmung würden weisse, rote und grüne Stimmkarten verteilt. Die Abgeordneten der Koalition müssten nach der Wahl die roten und grünen Karten als Beweis vorzeigen, dass sie mit der weissen Karte für die Vorlage gestimmt hätten. Der Oppositionspolitiker Ertugrul Yalcinbayer kündigte für diesen Fall Einspruch an. Die Regierung wies den Bericht zurück.

Kongo-Kriegsparteien beraten in Uganda

KAMPALA: Vertreter der in den Kongo-Konflikt verwickelten Parteien sind in Kampala im benachbarten Uganda zusammengekommen. Das Ziel der Gespräche ist eine bessere Einhaltung des Waffenstillstandsabkommens. Angesichts wiederholter Verletzungen des Waffenstillstandes und zunehmender Feindseligkeiten werde es höchste Zeit, dass der Friedenswillen unterstrichen werde.

Kaukasus: «Ernsteste Menschenrechtsverletzungen»

UNO-Menschenrechtskommissarin Mary Robinson mit harten Vorwürfen gegen Moskau

MOSKAU: UNO-Menschenrechtskommissarin Mary Robinson hat Russland «ernsteste Verletzungen» der Menschenrechte in Tschetschenien vorgeworfen. Sie forderte eine unabhängige russische Kommission zur Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen.

Zum Abschluss ihres fünftägigen Besuchs in Russland und dem Nordkaukasus verwies Robinson am Dienstag in Moskau auf zahlreiche Augenzeugenberichte über Massenhinrichtungen, Plünderungen und Massaker. Vor den Medien in Moskau sagte sie, die russische Regierung müsse die Verantwortung für die Lage im Nordkaukasus übernehmen.

Für die dort begangenen Verbrechen müsse es «einen Tag der Rechenenschaft geben», sagte sie. Gleichzeitig verurteilte sie die Gewalttaten der tschetschenischen Rebellen. Die UNO-Menschenrechtskommission in Genf, der die Kommissarin am Mittwoch Bericht erstatten wollte, werde «angemessene Schritte» ergreifen.

Untersuchungsausschuss gefordert

Robinson appellierte an den russischen Aussenminister Igor Iwanow, einen Untersuchungsausschuss zu den Vorwürfen einzurichten. Die UNO-Menschenrechtskommissarin betonte, es sei wichtig, dass sich Moskau auch selbst des Problems der Menschenrechtsverstöße annehme und zur Aufklärung der Vorwürfe beitrage.

Ihr Gespräch mit Iwanow be-



UNO-Menschenrechtskommissarin Mary Robinson formuliert harte Vorwürfe gegen Moskau im Bereich von Menschenrechtsverletzungen. (Bild: Keystone)

zeichnete sie als «konstruktiv». Der Aussenminister wolle ihren Vorschlag prüfen. Er habe sie zudem eingeladen, in zwei bis drei Monaten erneut in die Kaukasusrepublik zu reisen. Vor seinem Zusammentreffen mit der Menschenrechtskommissarin hatte Iwanow erklärt, Russland werde keine Einmischung in seine inneren Angelegenheiten dulden. «Bedrohungen und Erpressung» würden nicht akzeptiert.

«Die Menschenrechte kennen keine Grenzen»

UNO-Generalsekretär Kofi Annan sicherte Robinson ausdrücklich seine Unterstützung zu. «Die Men-

schenrechte kennen keine Grenzen», so Annan. Die internationale Gemeinschaft habe das Recht und die Pflicht, bei Verstössen gegen die Menschenrechte einzugreifen und die Opfer zu schützen.

Die internationale Juristen-Kommission (ICJ) forderte ein internationales Strafgericht, um die Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien zu untersuchen. Die Europaratmitgliedschaft von Russland müsse suspendiert werden. Der Europarat will am Donnerstag über die weitere Mitgliedschaft Russlands abstimmen.

Das Anti-Folter-Komitee des Europarats erklärte am Dienstag, zahl-

reiche tschetschenische Gefangene seien im Lager Tchernokozovo misshandelt worden. Die Insassen seien geschlagen worden. Während sechs Tagen wurden Ende Februar von Experten rund 100 Gefangene interviewt. Seit Februar sei in Tchernokozovo eine Verbesserung festzustellen. Dies sei offenbar auf die Ankündigung des Besuchs der Europaratsdelegation zurückzuführen.

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) bereitet inzwischen erste Gefangenenbesuche vor. Die «konkreten Details» der Gefangenenbesuche würden zurzeit ausgearbeitet, erklärte eine IKRK-Sprecherin in Genf.

Anklage gegen drei Elf-Unterhändler

Philippinen stellen Haftbefehl gegen Ex-Elf-Manager Sirven aus

GENÈVE/MANILA: Im Rahmen der Elf-Affäre hat die Genfer Justiz Anklage gegen ehemalige Unterhändler des Ölkonzerns Elf erhoben. Auf den Philippinen erliess die Justiz derweil einen Haftbefehl gegen Alfred Sirven, die Schlüsselfigur des Bestechungskandals.

Nach Angaben der Genfer Justiz sollen sich der französische Ge-

schaftsmann André Guelfi, der ehemalige Elf-Beauftragte Hubert Le Blanc-Belleval sowie der ehemalige Chef der Raffineriesparte von Elf, Alain Guillon, wegen Fälschung, Betrugs und Geldwäscherei vor Gericht verantworten. Ermittlungsrichter Paul Perraudin hatte bereits im September Haftbefehle gegen die drei Franzosen erlassen, gegen die er ermittelt. Guillon ist

seit Januar in Frankreich im Zusammenhang mit der Elf-Affäre in Haft. Guelfi und Le Blanc-Belleval halten sich derzeit vermutlich unbehelligt in Frankreich auf, das seine Staatsbürger in der Regel nicht ausliefert.

Elf hatte 1998 und 1999 vor der Genfer Justiz Klage erhoben, um die Bestimmung von Zahlungen in Höhe von 256 Millionen Franc zu ermitteln,

die im Rahmen der Übernahme ostdeutschen Leuna durch Elf über Schweizer Konten geflossen sind. Le Blanc-Belleval, Guelfi und Guillon waren als Vermittler in das Geschäft involviert. Nach Ansicht des Ölmultis ist Geld unterschlagen oder zur Bestechung verwendet worden. Auch die CDU steht im Verdacht, bei dem Geschäft Schmiergelder in Millionenhöhe angenommen zu haben.

«Strategische Partnerschaft»

EU und Afrika: Soforthilfe für Ostafrika wegen drohender Hungersnot

KAIRO: Beim ersten EU-Afrika-Gipfel haben beide Seiten am Dienstag eine «neue strategische Partnerschaft» vereinbart. Uneinigkeit herrschte nach wie vor über die Fragen des Schuldenerlasses.

Gemeinsame Bekämpfung der Armut, verstärkte Handelsbeziehungen und Unterstützung der afrikanischen Länder bei der Bewältigung der Schuldenkrise - dies sind mit die Hauptthemen, bei denen Europa und Afrika künftig enger zusammenarbeiten wollen. In einem umfangreichen Aktionsplan, der am Dienstag zum Ende des ersten EU-Afrika-Gipfels verabschiedet werden wird, setzen die beiden Kontinente ganz auf Partnerschaft.

Die Staats- und Regierungschefs Afrikas und Europas haben sich nach dem in Grundzügen bekannt gewordenen Aktionsplan darauf verständigt, die Handelsbeziehungen zu vertiefen und damit zur Entwicklung Afrikas beizutragen.

Afrika soll dadurch besser in die Weltwirtschaft integriert werden. Ausserdem sollen die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in Afrika gestärkt werden. Joint-Ventures zwischen afrikanischen und

europäischen Investoren sollen mit Unterstützung der Europäischen Union ermutigt werden.

Afrika soll weiterhin unterstützt werden, die Produktionskapazität zu erhöhen.



Die EU und Afrika vereinbarten gestern in Kairo eine strategische Partnerschaft als Soforthilfe für die in Ostafrika drohende Hungersnot.

Stasi-Abhörprotokolle

POTSDAM: In Deutschland geht der politische Streit um den Umgang mit den Protokollen von DDR-Laushangriffen gegen die Christdemokraten weiter. Der Regierungsbeauftragte für die Unterlagen der DDR-Staatsicherheit, Joachim Gauck, plädierte am Dienstag für eine vollständige Auswertung der Dokumente. Ex-Bundeskanzler Helmut Kohl hatte gefordert, die Akten unter Verschluss zu halten. Gauck sagte in einem Zeitungs-Interview, früher hätten sich andere über Veröffentlichungen aufgeregt. Nach der politischen Wende waren zahlreiche Politiker und Amtsträger mittels Stasi-Unterlagen als DDR-Spitzel enttarnt worden. Viele verloren daraufhin ihre Posten. Gauck erklärte, er habe über diesen Komplex mit Kohl gesprochen. Er habe dem früheren Bundeskanzler die Rechtslage erklärt.